

Antrag 05

an die Kammer für Arbeiter und Angestellte für Wien

zur Tagung der Vollversammlung am 11.05.2022

der Wahlwerbenden Gruppe

FAIR UND TRANSPARENT

zum Thema

Abschaffung Impfpflichtgesetz und Zwang für „Grünen Pass“

Das AK-Team FAIR UND TRANSPARENT beantragt:

Die Arbeiterkammer Wien setzt sich bei der Bundesregierung und in allen Gremien dafür ein, dass das Impfpflichtgesetz, das aus guten Gründen bis dato nicht umgesetzt wurde, vollständig zurückgezogen und ohne Rückkehr dazu abgeschafft wird. Der damit verbunden zwanghaft anzuwendende „Grüne Pass“ ist in eine freiwillig anzuwendende Applikation umzuwandeln. Einschränkungen für nicht geimpfte oder anderweitig präventiv unversorgte Personen dürfen weder gesetzlich geregelt, verordnet oder erlassen werden, noch zur Anwendung kommen.

Begründung:

Der ehemals gehegte Wunsch, über eine Impfung oder andere (präventive) Medikation eine Art Herdenimmunität erlangen zu können, hat sich wie von mehreren Fachleuten auch für Corona bzw. Covid-19 bzw. Sars-Cov-2 prognostiziert nicht verwirklichen lassen, wie die hohen Infektionsraten, auch von geimpften Personen und trotz hoher Immunisierungsraten, zeigen. Impfstoffe schützen nicht bzw. nicht vollständig vor Übertragung. Selbst ein milder Verlauf einer Erkrankung kann durch eine Impfung nicht vollständig garantiert werden. Damit fehlt in dieser Hinsicht die Grundlage für eine Impfpflicht und ein zwanghaft zu führender Grüner Pass.

Eine Impfpflicht steht in keinem Verhältnis zu den gesellschaftlichen Spannungen und psychischen Belastungen, die aus der Kontroverse hervorgehen. Schon die bisherigen Covid-19-Maßnahmen haben teilweise zu Kündigungen und Arbeitsplatzverlust geführt. Die Ausbildung der künftigen ArbeitnehmerInnen in den Schulen hängt wegen der Maßnahmen zurück. Teilweise wurden Kinder nicht einmal beurteilt, obwohl sie alle Arbeitsaufträge zu Hause erfüllten. Die Teuerungswelle ist zu einem Teil auch durch die Covid-19-Maßnahmen und deren wirtschaftlichen Auswirkungen begründet. Immer wieder erfahren wir auch von körperlichen Problemen, die kurz nach der Impfung aufgetreten sind. Die Menschen sind unterschiedlich, das ist auch gut so. Deshalb ist auch die Freiheit, selbst über sich entscheiden zu können, essentiell. Eine Umsetzung einer Impfpflicht würde zu weiteren Eskalationen führen, weshalb das Impfpflichtgesetz unumstößlich und mit sofortiger Wirkung abgeschafft werden

muss. Eine Impfpflicht entspricht nicht dem gelindesten Mittel. Der sogenannte „Grüne Pass“ ist somit nicht mehr mit Zwang zu belegen, sondern nur noch auf freiwilliger Basis zu führen.

Problematisch ist auch, dass durch das Impfpflichtgesetz nicht nur die Freiheit der Entscheidung für oder gegen einen medizinischen Eingriff verloren geht, sondern auch, dass nicht mehr der Arzt des Vertrauens über Gegenanzeigen entscheiden darf, sondern nur noch vorgegebene Ärzte, denen die eigene Krankengeschichte zu übermitteln ist, wenn zu befürchten ist, dass eine Impfung sogar Schäden verursachen kann.

Unseres Wissens nach wurde international von den zumindest 194 Ländern der Welt nur in wenigen Ländern, und wenn dann zumeist nur für eingeschränkte Personengruppen, eine Impfpflicht eingeführt, jedoch kaum vollständig umgesetzt. Zuletzt wurde auch in Deutschland ein Versuch, zu einer Impfpflicht zu gelangen, mehrheitlich abgelehnt. ■